

Arbeiter-Zeitung

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: Wöchentlich 48 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatlich 2,10 Mk. + 60 Pf. Botenlohn = 2,70 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifenband 3 Mk. Einzelgenusspreis: Die gebundene Wochenschrift oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsbelegungen 6 Pf., Mellemenspreis: Die gebundene Wochenschrift oder deren Raum im Wert 70 Pf. — Schluss der Inseratennahme in der Hauptredaktion um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis höchstens 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 10, 1. o. l. Etage, Telefon 460 20. Verlagsleitung: Breslau 10, Trebnitzer Straße 10, Telefon 460 20. Geschäftsstelle: Breslau 10, Trebnitzer Straße 10, Telefon 460 20. Druckerei: Breslau 10, Trebnitzer Straße 10, Telefon 460 20.

Macht Niederschlesien streikfertig!

Der angedrohte Lohnraub muß abgewehrt werden — Der rote Betriebsrat Karl Becker, Melchiorgrube gemäßregelt — Bündnis zwischen Unternehmertum und Sozialfaschisten

Wir berichteten gestern über die am Sonntag in Nieder-Hermisdorf stattgefundene Schachtbelegiertenkonferenz für das Niederschlesische Steinkohlenrevier. Diese Konferenz beschloß einstimmig nachstehenden Aufruf an die Belegschaften des Waldenburger und Neurober Gebietes herauszugeben:

Die am 11. Januar in Nieder-Hermisdorf tagende Schachtbelegiertenkonferenz nahm zur Gesamtlage im Bergbau Stellung und nahm folgenden Beschluß an:

„Der zusammenbrechende Kapitalismus ist auf der ganzen Linie brutal dazu übergegangen, alle Lasten auf die Schultern der werktätigen Schichten abzuwälzen und durch

Lohnraub, Abbau der Sozialfürsorge, Erhöhung der Massensteuern usw.

sich vor dem Zusammenbruch zu retten. Diese Bestrebungen finden nicht nur die offene Unterstützung der faschistischen Brüning-Regierung, sondern auch die der

Gewerkschaftsbürokraten aller Schattierungen.

Angeichts der ungeheuren fortschreitenden Verelendung breitet sich Massen, angeichts der Tatsachen, daß die faschistische Brüning-Regierung mit aktivster Unterstützung der national- und sozialfaschistischen Parteien, unter Zuhilfenahme der bewaffneten Staatsmacht, durch Schaffung neuer Diktaturbestimmungen auf dem Gebiete des Schlichtungswesens es unternimmt, die für Brot und Arbeit kämpfende Arbeiterschaft niederzuschlagen, entsteht für das deutsche Prole-

tarlat die dringende Aufgabe, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die gemeinsamen Bestrebungen aller Feinde sich zur Wehr zu setzen. In richtiger Erkenntnis dieser Tatsachen haben die Kumpels an der Ruhr und in Oberschlesien unter Führung der RSD. den Kampf gegen Lohnraub und Unternehmerwillkür eröffnet. Im Gegensatz zu den Feh- und Abgemeldungen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse über „zusammengebrochene wilde Streiks“ stellt die Konferenz einmütig fest: Diese heroischen Kämpfe an der Ruhr und in Oberschlesien sind das

Sturmsignal für das deutsche Proletariat,

sind der Auftakt zu neuen großen Massenkämpfen.

Wie an der Ruhr, in OS. und überall sind auch die niederschlesischen Belegschaften dazu übergegangen, die sprichwörtlichen

Hungerlöhne der Kumpels um 10 Prozent abzubauen,

trotzdem durch Feterlichkeiten, Verschlechterung der Gehaltslöhne, durch Erhöhung der sozialen Abgaben usw. bereits eine erhebliche Senkung des Reallohnes eingetreten ist. Wie überall werden auch hier die Gewerkschaftsbürokraten mit einem Lohnraub einverstanden sein und es ablehnen, die Massen zum Kampfe zu mobilisieren. Deshalb entsteht für die niederschlesischen Kumpels die eiserne Pflicht,

gestützt auf die eigene Kraft und unter Führung der RSD. den Kampf für folgende Forderungen aufzunehmen:

Keinen Pfennig Lohnabbau!
Festsetzung des Dauermindestlohnes auf 7,10 Mark;
entsprechende Erhöhung der übrigen Löhne,
unter besonderer Berücksichtigung der Jungarbeiter!
Siebenhundendschicht bei vollem Lohnausgleich!

(Die Forderungen gelten zugleich für das Waldenburger und Neurober Gebiet. Jegliche Sonderbestimmungen für das Neurober Gebiet müssen wegsfallen.)

Darüber hinaus wird die Forderung aufgestellt:

Keinerlei Kürzung der Renten!
Keinerlei Erhöhung der Beiträge!

Zur Vorbereitung des Kampfes gegen den von dem Unternehmertum und der Gewerkschaftsbürokratie geplanten Lohnraub beschließt die Bergbautagung, folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. Wahl von Kampfausschüssen in allen Gruben. In diese gehören die energischsten, kampfbereiten Kameraden, ohne Rücksicht auf ihre Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit, hinein.
2. Organisierung von Solidaritätsausschüssen in allen Orten des Kohlenreviers.
3. Appell an die Gewerkschaften, die Vorbereitungen und den Kampf selbst zu unterstützen.
4. Stärkung der RSD.-Betriebsgruppen in allen Gruben.
5. Unermüßliche Propaganda der Forderungen: Streik als Antwort auf jeden Versuch des Lohnraubes. Kameraden, die Zeit des Handelns ist gekommen! Die Fronten formieren sich nun. Jeder Betrieb eine rote Hochburg! Das Revier eine geschlossene Kampffront bei den kommenden großen Auseinandersetzungen.

Macht die Betriebe streikbereit!

Die Brutalität, mit der die niederschlesischen Grubenbesitzer beabsichtigen, den Lohnraub durchzuführen, geht aus der Tatsache hervor, daß unter Genosse Karl Becker, Betriebsrat der Melchiorgrube, scharflos entlassen wurde, angeblich wegen „gröblicher Verletzung seiner Betriebsratspflichten“. Diese „gröbliche Verletzung“ bestand darin, daß Genosse Becker ein von der RSD. herausgegebenes Flugblatt verantwortlich zeichnete — ein Flugblatt, das die niederschlesischen Bergarbeiter zur Solidarität mit den Ruhrbergarbeitern aufforderte. Die Brutalität der Unternehmer werden das Gegenteil des von ihnen Erhofften erzielen. Die Bergarbeiter werden desto eifriger und besser den Kampf organisieren.

In der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes und in der Mehrzahl der reformistischen Betriebsräte haben die Unternehmer gute Verbündete für den Kampf gegen die RSD. und die kampfbereiten Bergarbeiter. So sind z. B. auf der Hermisdorfer Grube 160 Bergarbeiter gekündigt worden. Darunter befinden sich

sehr viele Mitglieder der kommunistischen Partei und der RSD.

Die Vorschläge zu den Entlassungen haben die Betriebsräte unter Führung des sozialfaschistischen Reich gemacht. Die Tatsache, daß der reformistisch-christliche Arbeiterrat auf der Wenzeslausgrube der Belegschaft den Verzicht auf die Forderungen empfahl, liegt in derselben Linie.

Es ist einzig und allein die RSD.,

die gewillt ist, den Kampf der Bergarbeiter gegen den geplanten Lohnraub zu organisieren und zu führen.

Der auf der Hermisdorfer Schachtbelegiertenkonferenz gewählte zentrale Kampfausschuß hat den von der Konferenz beschlossenen Aufruf in Form eines Flugblattes an alle Belegschaften verbreitet. Nun gilt es, die Belegschaften in die Tat umzusetzen. Je schneller und energischer das gemacht wird, desto leichter wird es den niederschlesischen Bergarbeitern sein, den Angriff auf ihre Löhne zurückzuschlagen. Am heutigen Tage finden bereits die Belegschaftsversammlungen der Gruben Melchior und Fuchs statt. Die Kameraden dieser Gruben werden zu der Lage Stellung nehmen und Kampfausschüsse wählen. Die anderen Gruben müssen auf dem schnellsten Wege folgen. Zu derselben Zeit müssen in allen Orten des Kohlenreviers allgemeine Versammlungen stattfinden mit dem Ziel, Solidaritätsausschüsse aus allen Berufen und Schichten der werktätigen Bevölkerung zu bilden.

Bergarbeiter, macht die niederschlesischen Gruben streikfertig!
Arbeiter der anderen Berufe, Frauen, Werkstätten, helfe den Bergarbeitern, den bevorstehenden Kampf mit Erfolg zu führen!
Handels- und Gewerkschaften Niederschlesien!

Lohnraub-Schiedspruch an der Ruhr erklärt

Bergarbeiter! Eure Antwort: Streik!

Berlin, 12. Januar. Der Reichsarbeitsminister hat am Montagabend den am 10. Januar im Lohnstreit im Ruhrbergbau gefällten Schiedspruch auf 6 Prozent Lohnabbau für verbindlich erklärt.

Die Art und Weise, wie der Lohnraub an den Bergarbeitern zuhandebracht wurde, beleuchtet die ganze Situation in Deutschland. Durch ein faschistisches Lohnbittakt werden den Bergarbeitern sechs Prozent von ihrem Lohn gestohlen. Die Brüning-Regierung wies die letzten Reste der „demokratischen Rechte“ zum alten Eisen. Die Löhne werden diktatorisch festgesetzt, genau wie im mussolinischen Italien.

Jetzt steht auch der Arbeiter, der bisher noch auf die Sozial-

demokratie und Gewerkschaftsbürokratie hörte, was das Schlichtungssystem vorstellt: Eine Waffe in den Händen der Unternehmer, um die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter weiter herabzubrüden.

Es besteht kein Zweifel, die Bergarbeiter an der Ruhr werden sich gegen dieses faschistische Raubbittakt aufbäumen. Streik gegen diesen Schiedspruch bedeutet zugleich Kampf gegen eine faschistische Maßnahme der Brüning-Regierung, Kampf gegen Faschismus.

Unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der kommunistischen Partei müssen die Bergarbeiter Ruhr-Oberschlesien-Niederschlesien auf den faschistischen Lohnraub mit der Gegenoffensive antworten.

Dieser Streik muß von der Gesamtarbeiterschaft mit allen Mitteln des proletarischen Massenkampfes unterstützt werden.

Die proletarischen Freidenker im Kampf gegen das faschistische Freidentertum

Die Antwort der Gottlosen-Internationale

Durch die bürgerliche Presse geht ein Sturm heuchlerischer Enttäuschung. Die Herren Journalisten hören von den Vorgängen in der Internationale proletarischer Freidenker, wo — genau wie seinerzeit in Thüringen — der auf dem Boden des unverfälschten Marxismus stehende oppositionelle revolutionäre Flügel die Führung übernahm. Der faschistischen Reaktion wird es klar, daß im proletarischen Freidentertum Kräfte am Werke sind, die im Gegensatz zu dem Kreise um Sievers, Pietzsch und Co. eine Gefahr darstellen.

Auch die Breslauer Presse heult. Allem Anschein nach war für sie Weisnachten diesmal kein Freidentertum. Nun reden und schreiben sie in einem wirren Durcheinander. Damit nun die Arbeiterschaft weiß, was sie von der neuesten Hege, die ein Bestandteil der päpstlichen Kreuzzugshege ist, zu halten hat, veröffentlichen wir nachstehend eine Erklärung der „Gottlosen-Internationale“.

Erklärung der Exekutive der I. p. F.

Anlässlich der auf dem 4. Kongreß der Internationale proletarischer Freidenker (I. p. F.) am 15. und 16. November 1930 in Wobensbach (Tschechoslowakei) beschlossenen Verlegung des Sitzes der I. p. F. von Wien nach Berlin bringt die gesamte bürgerliche Presse unwahre Behauptungen über eine angebliche „Internationale der Gottlosen“ mit dem Sitz in Moskau und über die geplante Verlegung des Sitzes der Internationale von Moskau nach Berlin. Gleichzeitig fordern die bürgerlichen Parteien im Reichstag und im Preussischen Landtag die Regierungen auf, mit den schärfsten Maßnahmen gegen die Exekutive dieser Internationale vorzugehen.

Die Exekutive der Internationale stellt hierzu folgende Tatsachen fest:

1. Eine „Internationale der Gottlosen“ hat noch nie bestanden

und besteht auch heute nicht. Die Nachricht über die angeblich geplante Verlegung des Sitzes dieser Internationale von Moskau nach Berlin ist also weiter nichts als ein plumper Schwindel der bürgerlichen Presse.

2. Die „Internationale proletarischer Freidenker“ besteht seit fast 6 Jahren. Diese Tatsache ist unter anderem der Öffentlichkeit bekannt durch das Buch eines Deputierten des Volksvereins, Dr. Mergensen, in dem es heißt:

„Am Pfingstfest jenes Jahres (1925) kam es in Leipzig zur Gründung der „Internationalen proletarischer Freidenker“ (I. p. F.), die ihren Sitz in Wien 7, Hermandgasse 2, hat und 1928 insgesamt 1 670 000 organisierte proletarische Freidenker in 16 Organisationen zählte, die sich auf 10 Länder verteilten.“ Die gleiche Feststellung macht auch der Franziskanerpater C. Fischer in seinem Buch „Die proletarischen Freidenker“.

3. Auf dem 4. Kongreß der I. p. F. wurde die frühere Leitung unter Hartwig (Wien) und Sievers (Deutschland) abgesetzt und aus der I. p. F. ausgeschlossen. Die Internationale proletarischer Freidenker, die bereits im Jahre 1925 gegründet wurde, wird von der neu gewählten Exekutive weitergeführt. Der Sitz der Exekutive der I. p. F. wurde von Wien nach Berlin verlegt.

4. Die Behauptung, daß die Exekutive der I. p. F. irgendwelche Verbindungen mit der Sowjetregierung hat, von dieser Behauptung erhält, und daß die Sowjetregierung beabsichtigt, bei der I. p. F. „eine ständige Vertretung zu unterhalten“, ist eine bewußte Lüge, die aus derselben trüblichen Quelle stammt, wie die Behauptungen über die angeblichen Religionsverfolgungen in der Sowjetunion.

Sozialdemokratische Gewerkschafts- angestellte — Streikbrecher

An der Ruhr treten sie für Lohnraub ein — Auch der „linke“ Ziegler für Lohnabbau!

Im Ruhrkohlenrevier fand am Sonntag, dem 4. Januar, eine Funktionärskonferenz des Bergarbeiterverbandes statt, deren Beschlüsse der gesamten deutschen Arbeitererschaft die wahre Rolle der sozialdemokratischen Gewerkschaftsangehörigen mit aller Klarheit aufzeigten. Auf Vorschlag und Trängen der Angestellten des Bergarbeiterverbandes haben die Funktionäre in dieser Konferenz beschlossen, sich für den Lohnabbau einzusetzen — statt, wie es richtig gewesen wäre, den unter Führung der KPD. begonnenen Abwehrkampf zu begründen und seine Ausdehnung auf das gesamte Revier zu beschließen.

Nach nur vierzehn Tagen versuchten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten den Arbeitern einzureden, daß sie (die Bürokraten) durchaus den Willen zum Kampf hätten, doch das Schlichtungswesen (!) hindere sie daran. So schrieb der „Vorwärts“ am 23. Dezember:

„Es gibt jetzt nicht nur für verbindlich erklärte Schiedsprüche von 7½ oder 8 Prozent Lohnabbau. Die neueste Methode ist die Fällung von Schiedsprüchen, die über diese Sätze noch hinausgehen, wie bei den Banken bis zu 13½ Prozent, in der hannoverschen Metallindustrie sogar bis zu 17 Prozent. Dann werden bei den Unterhandlungen, da die Unternehmer zwar keine Zwangsschiedsprüche leiden können, aber den Lohnabbau gern nehmen, beide Parteien „unter Druck“ gesetzt. Die Folge ist dann gewöhnlich, daß eine freie Vereinbarung zustandekommt, die einen mehr oder weniger erheblich geringeren Lohnabbau vorsieht.“

Der „Vorwärts“ gibt natürlich nicht zu, daß diese Methode zwischen den Spitzen der Gewerkschaften und der Regierung bzw. den Unternehmerverbänden vereinbart ist. Dagegen behauptet er, daß die Gewerkschaftsführer durch das Schlichtungswesen „gezwungen“

verblichheit des Schlichtungswesens ehrlich kennen, weshalb organisieren die Gewerkschaftsbürokraten nicht den Kampf gegen das Schlichtungswesen, den Streik trotz Verbindlichkeitsklärung? Deshalb, weil es nur Schaum[s]lägerel ist, was der „Vorwärts“ und die „Volksmacht“ als „Protest“ gegen den Lohnraub schreiben. Man kann nicht zugleich im Interesse der Unternehmer und der Arbeiter wirken. Wer die Stärkung der kapitalistischen Wirtschaft will, der muß gegen die Interessen der Arbeiter aufreten, der muß auch die falschlichen Methoden unterstützen, ja selbst durchführen, weil ohne sie dem Kapitalismus sehr bald deraraus gemacht wird, weil der Faschismus die letzte Hoffnung des Kapitalismus ist.

Die Erfahrungen der letzten Monate, Wochen und Tage beweisen eindeutig, daß die freien Gewerkschaften unter Führung der SPD. zu Streikbruchorganisationen, zu Organisationen

des Vorkraubes ausgefaßelt wurden. Dagegen muß die Arbeitererschaft Sturm laufen.

Die einzige Kraft, die konsequent den Kampf gegen das Unternehmertum organisiert, die Arbeiter aufstellt, ist, neben der kommunistischen Partei, die KPD. (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition). Die Arbeiter, gleichviel wie und ob sie politisch und gewerkschaftlich organisiert sind, müssen der KPD. als Mitglieder beitreten und aktiv mitwirken an der Organisierung der Abwehrkämpfe, der Abwehrstreiks gegen den Lohnraub des Unternehmertums — ohne Rücksicht auf die Belange der kapitalistischen Wirtschaft, trotz und ohne Rücksicht auf die Schritte und Sprüche der Schlichter und der Regierung.

Gehaltsraub bei den Breslauer Angestellten

Breslau, 8. Januar. Für die 20 000 Breslauer kaufmännischen und technischen Angestellten ist gestern ein Schiedspruch gefällt worden, der folgenden Inhalt hat: Außer den Sozialzulagen, den Vergütungssätzen für die Lehrlinge, die Jugendlichen und für die Vorgänger bis zum 18. Lebensjahre werden sämtliche übrigen Gehaltsätze für die Zeit vom 1. Januar 1931 bis 31. März 1931 um 4 v. H. und für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1931 um 6 v. H. herabgesetzt werden. Die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches hat bis zum 14. Januar zu erfolgen.

Textilarbeiter, wehrt euch gegen Lohnraub!

Schon 575 000 Arbeiter unmittelbar bedroht — Schiedspruch im Wuppertal mit 7 Prozent Lohnraub

Nachdem die Textilindustriellen am 31. Dezember 1930 für das links- und rechtsrheinische, das Aachener und Dürener und das nordostdeutsche Tarifgebiet für 138 000 Textilarbeiter 32 Lohnstarife gekündigt hatten, stoßen sie jetzt in den übrigen Bezirken vor.

Den 55 000 bayrischen Textilarbeitern kündigten die Unternehmer den Tarif zum 10. Januar, den 40 000 sächsisch-thüringischen Webern und den Arbeiterinnen der rheinischen Seidenindustrie zum 1. Februar. Dem nächsten Nachzug ist das gesamte Gebiet von Sachsen und Thüringen ausgesetzt, wo 200 000 Arbeiter zum 28. Februar von der Kündigung betroffen werden.

Da in einigen Tarifbezirken ein tarifloser Zustand besteht und die dortigen Lohnstarife auch geregelt werden dürfen, kann man sagen, daß 575 000 Beschäftigte unter den Lohnraub fallen.

Die Unternehmer fordern für das rechtsrheinische Gebiet einen Lohnabbau von 6 bis 25,5 Pfennig, für München-Obbayer 13,9 bis 17,8 Prozent, für Aachen-Düren 13 Prozent. Im Bezirk Westthüringen sollen die Löhne auf den Stand vom 1. Februar 1927 zurückgesetzt werden.

Die Unternehmer haben schon in vielen Betrieben Kurzarbeit und Massenentlassungen vorgenommen, um die Arbeitererschaft für den geplanten Lohnraub gefügig zu machen.

Wie der Kampf der SPD-Funktionäre gegen solche Maßnahmen der Unternehmer in den Betrieben geführt wird, zeigte der Ausbruch des Leipziger Betriebsratsvorsitzenden Borggold, MdR., zu der Forderung der Arbeiter, bei Kurzarbeit vollen Lohnausgleich zu verlangen. Er erklärte, daß man über solche „unvernünftigen Forderungen“ mit dem Unternehmer nicht verhandeln werde. In anderen Betrieben warteten die Unternehmer gar nicht erst die Kündigungsstermine ab, sondern versuchten die Löhne zu kürzen und forderten von den Arbeitern und Arbeiterinnen, sich durch Einzeichnung in Listen mit dem Lohnraub einverstanden zu erklären, widrigenfalls sie sich als entlassen zu betrachten hätten.

Was die Textilarbeiter von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie zu erwarten haben, zeigt am besten das Beispiel im rechtsrheinischen Tarifgebiet, im Wuppertal. Systematisch arbeitete die Sozialdemokratie gegen die Mobilisierung zum Kampf. Am 23. De-

zember fand im Wuppertal eine Versammlung gefeierter Funktionäre des Deutschen Textilarbeiterverbandes statt, in der die Bürokratie eine Resolution zur Annahme brachte, in der es heißt:

„Die in der Textilindustrie in den letzten Jahren durchgeführte technische und persönliche Leistungsförderung erfordert Hebung der Kaufkraft der Arbeiterschaft und Verlängerung der Arbeitszeit, um durch Konsumsteigerung und Wiedereinzelung der Erwerblosen in den Produktionsprozeß, und die durch falsche Kapitalinvestierung in Unordnung geratene Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht zu bringen. ... Von den Schlichtungsinstanzen fordert und erwartet die Konferenz, daß die festgesetzten Tatsachen geprüft und die Spruchfällung bis zur Beendigung dieser Prüfung ausgeführt wird.“

Dabei wissen die Bürokraten ganz genau, daß der Reichsarbeitsminister den Schlichtern Anweisung gegeben hat, überall Lohnabbau-Schiedsprüche zu fällen, ja, sie sind mit im Komplott.

Zwei Tage danach, am 30. Dezember, wurde mit der Stimme des Schlichters Bragard für das rechtsrheinische Tarifgebiet ein Schiedspruch gefällt, der einen siebenprozentigen Lohnraub vorsieht. Danach werden die Hungerlöhne der Textilarbeiter von 68 Pfennig auf 63 Pfennig, und bei den Arbeiterinnen von 52,5 Pfennig auf 49 Pfennig reduziert. Da der Schiedspruch für die Altkarrieristen keine besondere Regelung vorsieht, werden dieselben immer noch von einem 20—40prozentigen Lohnabbau bedroht.

Die Verbandsbürokratie gibt trotzdem nicht die Streikaktion, sie hilft mit, den Lohnabbau durchzubrüden.

Das ist Warnung genug für alle Textilarbeiter. Es ist notwendig, unter Führung der KPD. die Kämpfe durchzuführen. Jetzt heißt es, alle Betriebe mobilzumachen, für jeden Betrieb eine Belegschaftsversammlung einzuberufen, für jeden Betrieb einen Kampfschlachttag zu wählen.

Duldet keinen Pfennig Lohnabbau und keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen! Streik gegen jeden Pfennig Lohnabbau!

Für den Siebensturentag bei vollem Lohnausgleich, für Einstellung der erwerbslosen Textilarbeiter!

Der Unternehmer finanziert die N.S.D.A.P.



Wir Arbeiter finanzieren den Kampfbund gegen den Faschismus.

Jeder gibt einen Groschen!



jele, freie Vereinbarungen mit Lohnraub abzuschließen. Der „Vorwärts“ jammert:

„Jeder Arbeiter weiß, daß ohne das Reichsarbeitsministerium und seine Schlichtungsinstanzen die Gewerkschaften viel besser abhelfen würden.“

In der Sache, in die die SPD. infolge ihrer verräterischen Politik unter dem Druck der empörten Arbeiter geraten ist, bekennt sich also der „Vorwärts“ zu dem Geständnis, daß das Schlichtungswesen eine Knebelung der Arbeiter bedeutet. Eine Festhaltung, die die KPD. und die kommunistische Partei schon vor Jahren gemacht haben.

Eine ähnliche Stellung wie der „Vorwärts“ bezieht auch der „linke“ Sozialdemokrat Ziegler in Breslau.

Bei dem Lohnraub an den Breslauer Metallarbeitern hat Ziegler in der „Volksmacht“ einen Artikel veröffentlicht, in dem es u. a. heißt:

„Der Staat hatte, wenn er ein sozialistischer Rechtsstaat sein würde, die Pflicht, in Zeiten der Krise, wo der Unternehmer dem Arbeiter gegenüber noch härter als wie in normalen Zeiten, den Schwächeren vor zu großer Ausbeutung und Willkür zu schützen. Der Staat macht das Gegenteil. Er stellt sich auf die Seite der Ausbeuter und leitet den Staatsapparat zur Kürzung der Löhne ein. Die staatlichen Schlichtungsinstanzen fällen einen Spruch mit Lohnkürzungen und sonstigen Verschlechterungen. Wehren sich die Arbeiter und lehnen einen solchen Spruch ab, so kommt der staatliche Schlichter über das Reichsarbeitsministerium und erklärt den Spruch verbindlich. Damit ist den Arbeitern, soweit sie den Willen und mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen Organisation die Macht haben, durch Streik diese Verschlechterung abzumehren, das Rückgrat gebrochen; denn ihre Gewerkschaften werden nun für jeden Schaden, der durch einen Streik entsteht, haftbar gemacht. Die Gewerkschaften werden, wenn sie trotz eines vorhandenen, verbindlich erklärten Spruches den Streik unterstützen, zur Erziehung des Schadens, der durch den Streik den Unternehmern entsteht, verurteilt. Dies geschieht von Rechts wegen. Für die Arbeiter ist es ein schreiendes Unrecht. Es kommt der Beseitigung des Streikrechtes gleich.“

Der „linke“ Ziegler hat von den Funktionären des Staates eine vollkommen verworrene, Kleinbürgerliche Vorstellung. Der heutige Staat ist nicht ein Organ der ausgleichenden Gerechtigkeit, er ist nicht zur Verzöhnung der bestehenden Klassen geschaffen worden, sondern im Interesse der Ausbeuter zur Unterdrückung der Ausgebeuteten. Die Regierung ist nicht anders als der geschäftsführende Ausschuß der herrschenden Klasse. Demzufolge arbeiten die Schlichtungsinstanzen stets im Interesse der Unternehmer. Die Kapitulation vor den Rechtsverbindlichkeitsklärungen bedeutet Verzicht auf die härteste gewerkschaftliche Waffe, nämlich den Streik.

Wenn der „Vorwärts“, wenn der „linke“ Ziegler die Ver-

rote Hilfe vor die Front!

Polizeiterrror zwingt die Streikenden nicht

Sozialfaschist Hufemann fordert Bewaffnung der Streikbrecher mit Knüppeln!

In heldemütigem Kampfe standen unsere Klassengenossen, die Ruhrkumpels, gegen die Grubenbarone. Sie schlugen die Schlacht für die gesamte Arbeitererschaft, mit dem Ziel, die Lohnabbauoffensive der deutschen Unternehmung im Feuer des revolutionären Kampfes, durch Streik zum Zusammenbruch zu bringen. Die kapitalistisch-faschistischen Machthaber haben begriffen, daß dieser Streik nicht nur ein Lohnkampf der Bergarbeiter ist, sondern daß er ein politischer Kampf ist. Diesen Kampf verlieren, heißt sich dem Gegner unterwerfen.

Deswegen werden für den Profit des Geldhades die Armeen Seewerks und seiner Verbündeten, die sozialfaschistischen Gewerkschaften und die SA-Truppen der Faschisten gegen die streikenden Arbeiter in den Kampf geführt. Kriegsmäßig ausgerüstet belagern die Polizeitruppen nicht nur etwa die Grubenanlagen, um die Streikbrecher vor dem berechtigten Joch der Streikenden zu schützen, sondern ganze Häuserblöcke, ganze Wohnviertel, in denen die Bergkumpels haften, stehen unter dem Terror der bis an die Zähne bewaffneten Polizei.

Arbeiter, die mit ihren Frauen und Kindern nicht hungern wollen, damit eine dünne Schicht im Ueberfluß leben kann, werden durch Seewerks Polizeieinheiten aufs Pflaster gelegt, werden mit Hundepöttecken traktiert und ins Gefängnis geworfen. Arbeiter sollen verrecken, sollen hungern, damit die Profite, die Aktien und die Dividenden steigen.

Für die sozialdemokratischen Führer aber ist das kein Faschismus!

Für sie ist die Brüning-Regierung eine Volksregierung! Sie garkeln den Arbeitern vor, durch diese Republik in den Sozialismus hineinzuwachsen und helfen den Grubenbaronen.

Unter denselben Lofungen stehen Nazis mit den Anhängern Hufemanns, dem Führer des freien Bergarbeiterverbandes, vor den Grubenbaronen und schützen die Streikbrecher und mit ihnen das Kapital. Die Wirtschaft kann keine Erschütterungen ertragen! Schreiben die Nazis! Die Wirtschaft kann keine Erschütterungen ertragen! Schreiben die Sozialfaschisten. Die Kumpels aber können in den Gruben ver-

reden, sie können vor Hunger und Elend zugrunde gehen, wenn nur die Aktionäre 15 Prozent Dividende schlucken, die Direktoren Hunderttausende von Mark an Dividenden und Tantiemen einstecken können. Das ist die Gesundheit der Wirtschaft, für die die Nazis und die Sozialisten eintreten. Und wer den Gang dieser Wirtschaft stört, kommt vor die Maschinenengewehre und die Revolver der Schupo oder wird im Gefängnis unerschütterlich gemacht.

Aber zwei Tote und viele Verletzte, Hunderte von Eingekerkerten sind für Hufemann zuwenig! Er verlangt sofort Meldung, falls die Polizei versagt, er fordert Bewaffnung der Streikbrecher mit Knüppeln. Weltlicher Kampf gegen die Nazimörder der belben Reichsbannerarbeiter! Kampf mit Knüppeln gegen die streikenden Arbeiter, die um ein größeres Stück Brot kämpfen!

Sozialdemokratischer Arbeiter, der 3 fordern keine Führer von dir im Kampf gegen den mordenden Faschismus, im Kampf gegen den Kapitalismus. Wie lange noch willst du diesen Verrat an dir und an deiner Klasse dulden?

Nach Schluß mit einer Partei, die solche Führer hat, die immer offener in das Lager deiner Gegner gehen und dich deinem Klassenfeinde durch offenen Verrat ausliefern! Reiß dich ein in die rote Kampffront deiner Klassengenossen und kämpfe gemeinsam mit uns für deine Befreiung, für den Sozialismus.

Die Streikwelle, die unter Führung der KPD. auch das ober-schlesische Bergrevier erreicht hat und auch bald unser Waldenburger Revier überflutet wird, stellt auch uns als rote Hilfe vor große Aufgaben. Die Streikenden vor dem Polizeiterrror, vor faschistischen Mordbanditen und vor der Klassenjustiz zu schützen, ist unsere revolutionäre Pflicht. Alle Vorbereitungen müssen schnellstens getroffen werden, um dem Terror zu begegnen. Kein Verhafteter darf ohne Rechtschutz bleiben, alle Angehörigen der Beurteilten müssen unterstützt werden. Aber auch unseren Bruderorganisationen, der KPD. und der FAJ., die den Kampf führen und die materielle Versorgung der Streikenden durchzuführen, müssen wir helfen! In einmütiger Solidarität müssen wir zusammenstehen, wenn wir unseren Gegner niederringen wollen.

Wir erwarten von einem jeden, daß er auch jetzt seine Pflicht erfüllt wie während der Winter-Hilfskampagne! Wir können uns keine Atempause erlauben! Alle unsere Kräfte eingesetzt für die vielen Opfer, die in diesem Kampfe fielen und noch fallen werden!

Bezirksvorstand der Roten Hilfe Deutschlands.

Die Bergarbeiterfrauen an der Spitze

Ihre heldenhafte Rolle im Ruhrkampf

Hamborn: Die SPD-Draghtzeher haben energisch die Mobilisierung der Frauen angeordnet. Nach den bei der Polizei eingelaufenen Berichten ist das ruppige Verhalten der in Begleitung der Erwerbslosen befindlichen Frauen so personell sehr auffallend. Vor einem Thesen-Schacht griffen Frauen, die Streikposten kauden, Polizeibeamte an. Einem Beamten wurde der Tschako vom Kopf geschlagen. Die Beamten mußten in verschiedenen Fällen mit dem Gummiknüppel gegen die Weiber (!) vorgehen.

Der Düsseldorfer „Mittag“ vom 5. Januar.

O. Solche und ähnliche Meldungen gingen in den Tagen des machtvollen Ruhrstreiks zu Tausenden durch die bürgerliche Presse. Es sprach aus diesen gehässigen Meldungen mehr als die künstlich genährte „Empörung“ über die kämpfenden Bergarbeiterfrauen. Es sprach daraus die tiefe Beunruhigung der Bourgeoisie über die Tatsache, daß die Frau der für rückständig angesehenen Frauen politisch erwacht und mit unbeschreiblichem revolutionärem Elan zum Angriff übergeht.

In dem offensten Vorstoß der Bergarbeiterfrauen des Ruhrgebiets zeigt sich

die wachsende politische Rolle der Frauen.

Klar und scharf erkennen sie die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes mit allen Mitteln. Sie, die die Not am stärksten verspüren, die mit den Kindern hungern, um dem Manne durch die Zuschreibung eines besseren Wissens die schwindende Kraft für die mörderische Arbeit unter Tage zu erhalten, für sie hand ganz klar die Notwendigkeit des äußersten Kampfes. Ihre Parole war, unter keinen Umständen weitere Verkürzung des Hungerlohnes, Kampf zur Abwehr des Lohnabbaues, Massenkampf gegen die Hungerregierung.

Heroische Erfahrungen der Vergangenheit

Die Bergarbeiterfrauen gingen nicht ohne Erfahrungen in diesen Kampf. Im Bergarbeiterkampf des Jahres 1929 hatten sie bereits gelernt, daß die christlichen und sozial-faschistischen Gewerkschaftsführer Verräter an den Interessen der Bergarbeiter und zuverlässige Stützen des Grubenkapitals sind. Aber auch die Kampferfahrungen des großen Bergarbeiterstreiks im Jahre 1919 waren nicht vergessen, jene Erfahrungen des brutalen Eingreifens der Polizei im Interesse der Zehnherrn, jene Kämpfe mit der Polizei, in denen die Pfastersteine der Straßen, durch die die Frauen demonstrierten, zur Kampf-waffe wurden.

Dort, wo die SPD und die RGO die Frauen zur Beteiligung am Kampfe aufriefen, erschienen sie fast reiflos. Keine Belegschaftsversammlung, die zur Vorbereitung des Streiks Stellung nahm, in der nicht die Bergarbeiterfrauen auftraten und zum Kampfe anfeuertem. Kein Kampfausschuh, keine Streikleitung, in der nicht die Bergarbeiterfrauen neben dem Kumpel ihre vollwertige Arbeit leistete.

In Männerkleidung in die Waschkau

Sie waren das anfeuernde, mutigste, nie versagende Element von der ersten bis zur letzten Stunde des Streiks. So berichtet das „Ruhr Echo“ von der Schachtanlage Emischer 1/11: „Zum Entgegen der reformistischen und christlichen Betriebsräte, die sich von der ersten Minute an als Streikbrecher aufspielten wollten, ergreifen sogar die Kumpelfrauen in der Waschkau das Wort. Wie waren sie heringekommen? Sehr einfach! Eine List wird erdacht, in Männerkleidung die Portiers umgangen und da waren sie!

Vom tapferen Auftreten der Frauen mußten sich diese irreführenden Proleten beschämen lassen. Die Verräter werden niedergeschrien. Die Kampftruppen sind durch das beispielgebende Auftreten der proletarischen Frauen festgemacht. Kein Schwanken gibt. Die Belegschaft marschiert durch die Tore des Hütts mit dem Gesang der „Internationale“ zum Streiklokal.“

Hunderte Frauen als Streikposten

Der Kampf wird von den Bergarbeiterfrauen mit allen Konsequenzen geführt. Noch in dunkler Nacht, frühmorgens um 1 und 4 Uhr, ziehen im Duisburg-Hamborner Streikgebiet Gruppen von Frauen durch die Kolonnen, klopfen an die niedrigen Werkwohnungen und schon strömen Hunderte von Frauen zum Massenstreikpostenstehen zusammen. Auf den Schachtanlagen 4/8, 3/7, 2/5 und Neumühl werden Kumpels, die zum Schacht wollen, von den Frauen angehalten und befehrt.

Vor Neumühl teilen sich 300 Frauen in Zwanzigergruppen mit je einer parteilosen Leiterin, die für die Zusammenhaltung der Gruppe und Berichterstattung verantwortlich ist, und besetzen alle Zugänge zur Zeche. Viele Kumpels kehren beschämt um. Dort, wo die Männer sich nicht befehlen lassen, bekommen sie die durch Arbeit harten Häuse der Proletenfrauen zu spüren. Die Kaffeepullen werden ihnen abgenommen. Als die Verwaltung der Schachtanlage den Streikbrechern versicherte, daß sie keine Kaffeepullen mehr mitzubringen brauchen, daß sie Kaffee auf der Zeche erhalten, wird die Untersuchung gründlicher. Die Streikbrecher werden auf das Mitführen von Butterbrotten kontrolliert.

Pollzelhunde gegen Frauen

Auf Neukirchen übernehmen die Frauen allein das Streikpostenstehen und hatten trotz strömenden Regens aus. Sie wollen damit die großen Opfer der Bergarbeiter, die unter dem brutalsten Terror der Polizei stehen, verringern. Aber bald erkennt die Polizei die bedeutende Rolle der Frauen; Polizeihunde werden gegen sie gehetzt und es gibt viele Verletzte. Die Frauen weichen dem Polizeiterror nicht. Sie setzen sich mit Steinen zur Wehr.

Auf der zweiten Schachtdelegiertenkonferenz berichtete eine parteilose Bergarbeiterfrau: „In Hamborn verjagte die Polizei uns Frauen vom Streikpostenstehen wegzuprügeln. Als ein Schupoamter den Gummiknüppel gegen eine Frau hob, erhielt er einen Fußtritt, daß er wie ein Sack umkippte. Ein anderer Beamter, der seinem Kumpan zu Hilfe kam, wurde von der Frau „aus Versehen“ in die Hand gebissen, so daß er den Gummiknüppel fallen ließ. Als er sich dann nach seinem Kadiergummi bückte, streichelte die Frau ihm so zärtlich die Wangen, daß sein Tschako davonflog.“

Weder Bestechung noch Drohung wirkt

Für wie ausschlaggebend die Zehnherrn die Rolle der Frauen im Kampfe hielten, zeigt ein Beispiel von der Zeche

Hungernde werden zusammengeprügelt

Wohlfahrtsbeamte mit Gummiknüppel

Schwere Zusammenstöße auf dem Steffner Wohlfahrtsamt — Wohlfahrts- und Polizei-beamte attackieren die Arbeitslosen

Stettin, 12. Januar. Heute vormittag kam es auf dem Steffner Wohlfahrtsamt zu schweren Zusammenstößen zwischen den hungernden Erwerbslosen und den vereinigten Wohlfahrts- und Polizeibeamten. Das Elend unter den Arbeitslosen hat derartige Formen angenommen, daß es auf den Wohlfahrtsämtern schon genügt, wenn ein einziger Arbeitsloser gegen das hungerstille Warm schlägt, um gleich auch alle anderen Wohlfahrtsempfänger zu den stärksten Ausdrücken ihrer Empörung zu veranlassen. So war es auch in Stettin. Ein Arbeitsloser protestierte gegen die dortigen Behandlungsmethoden und wurde darauf durch die Beamten mit größter Brutalität aus dem Hause geworfen. Die übrigen Wohlfahrtsempfänger nahmen für ihn Partei. Die Beamten des Steffner Wohlfahrtsamtes waren mit Gummiknüppeln ausgerüstet, jedoch nicht in der Lage, mit den Arbeitslosen fertig zu werden, so daß sie ungefähr 150 Polizeibeamte zu ihrer Verstärkung herbeiriefen.

Gemeinsam gingen dann die mit Gummiknüppeln ausgerüsteten Wohlfahrtsbeamten und die Polizeibeamten mit

geringer ungläubiger Brutalität gegen die hungernden Wohlfahrtsempfänger vor. Zahlreiche Arbeitslose wurden durch Gummiknüppelverletzungen verletzt, gleichzeitig aber auch eine Reihe von Polizeibeamten. Die Zusammenstöße fanden erst nach mehreren Stunden ihr Ende, jedoch ist anzunehmen, daß sich in den nächsten Tagen infolge der großen Erregung der Erwerbslosen weitere Zwischenfälle ereignen.

Kein Brot, keine Lebensmittel, keine Kohlen erhalten die Arbeitslosen vom heutigen System. Statt dessen gehen die Wohlfahrtsämter dazu über, ihre Beamten mit Gummiknüppeln auszurüsten, um die Arbeitslosen, wenn sie vor Hunger nicht aus noch ein wissen, brutal damit zusammenzuprügeln. Die Herrschaften, die keinen anderen Ausweg mehr kennen als Prügel gegen Hunger, werden damit die Empörung der Arbeitslosen und auch der in den Betrieben gegen Hungerlöhne schuftenden Betriebsarbeiter nur noch mehr steigern, bis das ganze System durch ein Sowjetdeutschland abgelöst wird.

Die Gründungskonferenz des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Essen, 12. Januar. (Eig. Bericht.) Hinter einem dichten Polizeifordon, der 400 Meter im Umkreis das Gebäude des Bergbauischen Vereins gegen die empörten Bergarbeiter sicherte, haben am Sonnabend die Lohnräuber sechs Prozent Lohnabbau diktiert. Die Erbitterung der Bergarbeiter ist unbeschreiblich, aber eifern auch ihr Wille, die Reihen zu neuem Kampf zu formieren.

In dieser Situation trat am 11. Januar in Duisburg die Schachtdelegiertenkonferenz der RGO zusammen. Die Konferenz war noch bedeutend besser besucht als die letzten Schachtkonferenzen.

1288 Delegierte von 134 Schachtanlagen waren erschienen, darunter 80 Mitglieder des alten Bergarbeiterverbandes, acht sozialdemokratische, 15 christliche, drei Pirich-Dundersche, zwei christlich-soziale und zwei syndikalistische Arbeiter.

Zus Prädium wurden auch fünf sozialdemokratische und acht christliche Arbeiter gewählt, sowie Vertreter der jugendlichen Arbeiter.

Mit stürmischem Beifall begrüßt, ergriff Genosse Saeflow das Wort zu seinem Referat. Er zeigte sowohl die Erfolge des zurückliegenden Kampfes als auch seine Fehler und Mängel. Dann zeigte er den Weg zur Wiederaufnahme des Kampfes und stellte dabei die Frage der Bildung des Roten Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands. Mit stürmischer Zustimmung wurde die Frage des Genossen Saeflows, ob der Rote Einheits-

verband gegründet werden soll, bejaht. Alle Arme erhoben sich; stürmisch wurde die Internationale angestimmt.

Darauf trat ein Delegierter nach dem anderen aufs Rednerpult, alle gelobten die Organisation der Wiederaufnahme des Kampfes, alle fordern den roten Bergarbeiterverband.

Ein Delegierter aus Gelsenkirchen, der seit 1903 Mitglied des Hülsmann-Verbandes war, warf sein Mitgliedsbuch zu Boden und rief: „Ich gehe zum roten Verband und mit mir meine Schachtbelegschaft!“

Ein christlicher Kumpel der Zeche Lohberg zog entschlossen den Trennungstisch zwischen sich und Imbusch.

Bergarbeiter, die 25, 27, 28 Jahre im Hülsmann-Verband organisiert waren, gaben ihre Mitgliedsbücher ab und erklärten ihren Beitritt zum roten Einheitsverband.

Kommunistische, sozialdemokratische, christliche Arbeiter gaben sich die Hände, Genosse Saeflow schlug ein und erklärte:

„So wie hier die christlichen, sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Arbeiter sich die Hände zum Kampfbündnis, zu einer eisernen Faust gegen die Zehnherrn und die verräterischen Gewerkschaftsbürokraten reihen, so muß in allen Schachtanlagen die kämpfende revolutionäre Einheitsfront der Bergarbeiter entstehen.“

Der Rote Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands wurde gegründet. Die Delegierten gingen zurück mit dem Willen alle Kräfte anzuspinnen, um an der Spitze der Belegschaften den Kampf gegen die Lohnräuber in einer zweiten wuchtigen Streikwelle wieder aufnehmen zu können.

Nazi-Büro als Streikbruchagentur

Solingen, 12. Januar. (Eig. Bericht.) Im Streik der Textilarbeiter im Wuppertal treten die Nazis, wie bei den anderen Streiks der Arbeiter, als Streikbrecher auf. Im Auftrage der Textilarbeiter organisieren sie den Streikbruch und haben zu diesem Zweck ihr Parteibüro als Streikbruchagentur eingerichtet, von dem aus die Streikbrecher an die streikenden Betriebe vermittelt werden sollen.

Die RGO und die kommunistische Partei haben Maßnahmen eingeleitet, um die infamen Streikbruchpläne der Nazis zu durchkreuzen.

Nazi-Rittergutsbesitzer als Lohnräuber

Dresden, 12. Januar. (Eigen. Bericht.) Der Nazi-Rittergutsbesitzer Baron von Bettinghoff-Rietich in Riesa hat den Stundenlohn der auf dem Gut beschäftigten Arbeiter von 55 auf 45 Pfennig, also um rund 20 Prozent herabgesetzt. Bei den Affordlöshnen führte er sogar einen Lohnraub bis zu 33 Prozent durch. Den Arbeitern, die mit dem Lohnraub nicht einverstanden waren, wurde gekündigt.

Friedrich der Große in Heine. Dort beschloßen 800 Mann den Streik. Daraufhin kam zu der Frau eines Bergkumpels, der der Werksleitung gefährlich erschien, ein Mann und bot ihr 500 Mark an, wenn sie es fertigbrächte, ihren Mann zur unterchristlichen Zustimmung für den Lohnabbau zu bewegen. Die Frau wies dieses Ansuchen mit Entrüstung zurück.

Auch in den Gefängnissen blieben die Frauen mutig und ungebunden. In einem Ort des Ruhrgebiets sollten die Inhaftierten vor ihrer Freilassung einen Revers unterzeichnen, daß sie gut behandelt worden seien und gutes Essen bekommen hätten. Eine parteilose Bergarbeiterfrau weigerte sich trotz der Drohung, daß man sie dann dabehalten würde, diesen Revers zu unterschreiben. Schließlich drohte man ihr, wenn sie in der Deftlichkeit über die Polizeimaßnahmen im Gefängnis berichten würde, sie sofort wieder zu verhaften. Bereits am nächsten Tage trat diese Bergarbeiterfrau in einer Massenstreikversammlung auf und berichtete von den Schikanen, denen die Verhafteten im Gefängnis ausgesetzt waren.

Die Frauen des Ruhrgebiets stehen ungebunden und kampfgemillt. Auf

fünf Delegiertenkonferenzen werktätiger Frauen

haben sie beschloßen, nur den Weisungen des Roten Bergarbeiterverbandes zu folgen, und wenn er ruft, sofort zum Kampfe wieder anzutreten. Die Frauendelegierten des Ruhrgebiets sind neben

Der Nazibaron erklärte den Arbeitern, daß genügend Arbeiter vorhanden wären, die bereit wären, für 40 Pfennig pro Stunde zu arbeiten. Die Waldarbeiter dieses Gebietes sind in dem christlichen Verband organisiert, der natürlich nichts gegen die Lohnraubpraxis des Nazibaron unternimmt.

Wieder ein Nazimord

In dem Dorfe Marzahn bei Berlin hat in der Nacht vom Sonntag zum Montag der Nationalsozialist Bernhard Blich einen kommunistischen Arbeiter niedergeschossen. Blich war in das Lokal gekommen und hatte ohne jede Veranlassung einige dort sitzende kommunistische Arbeiter angegriffen. Als die Arbeiter ihm die Antwort nicht schuldig blieben, zog er seinen Revolver und schoss einen Kommunisten nieder, der lebensgefährlich verletzt wurde.

Blich wurde verhaftet. Bei der polizeilichen Vernehmung gab er an, er habe in Notwehr gehandelt. Es sind aber genügend Zeugen dafür vorhanden, daß es sich hier um einen planmäßigen Mord über den Nationalsozialisten handelt.

den Kommunistinnen die eifrigsten Agitatoren unter den Bergarbeiterfrauen, Tausende und aber Tausende wenden sich unter ihren aufklärenden Worten unter Anführung schlagkräftiger Beispiele vom Zentrum ab und melden sich geschlossen zum Kirchenaustritt. Tausende von Frauen haben auf den Delegiertenkonferenzen die organisierte Fortsetzung ihrer Massenaufklärung und Werbearbeit beschloßen. Sie fordern das rote Berlin und die anderen Bezirke Deutschlands zum revolutionären Wettbewerb der Frauendelegierten auf. Bis zum Internationalen Frauentag, dem 8. März, stellen sie das Ziel der Gewinnung Tausender und aber Tausender neuer Frauendelegierter zur Schaffung ständiger Frauendelegiertenversammlungen, des Aufbaues der Ortskomitees werktätiger Frauen und des Massenvertriebs der „Kämpferin“.

Proletarierfrauen in allen Teilen Deutschlands, auf den Plan!

Beweist, wie es gegenwärtig auch die tapferen Bergarbeiterfrauen von Oberschlesien, die Metallarbeiterinnen von Remscheid und Solingen, die Textilarbeiterinnen des Wuppertales getan haben, daß ihr Versteht, durch Massenstreiks dem Unternehmerangriff entgegenzutreten, den Lohnabbau abzuwehren und zu entscheidenden Kämpfen gegen die faschistische Diktatur überzugehen. Ihr Proletarier, erkennt die bedeutende politische Rolle der werktätigen Frauen Deutschlands, reißt sie hinein in die revolutionäre Front und diese Front wird unbesiegt sein!

Rund um den Erdball

Du sollst Kinder kriegen, so lange der Mann es befiehlt

Die eigene Frau wegen Abtreibung angezeigt

Unglaublich reaktionäre Anwendung des § 218 in Hamburg

Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen kämpfen seit Jahr und Tag einen verzweifelten Kampf gegen den Schand- und Mordparagrafen 218. Freilich schreien die Ärzte und wenden sich in Vorträgen gegen diesen kulturreaktionären Paragraphen, Dramatiker und Filmkünstler haben ebenfalls den Kampf gegen ihn aufgenommen, kurz: alle, die nicht vom pfäfflichen Mädelertum aus Rom und vom faschistischen Gehirnkleister aus dem „Dritten Reich“ verblödet sind, sind sich einig darüber, daß dieser Abtreibungsparagraf ein Schanddokument unserer Zeit darstellt und daß er fallen muß.

Anders dagegen das Oberlandesgericht in Hamburg, das vor einigen Tagen in einer Verhandlung in der ein Ehemann gegen seine Frau Strafantrag wegen Abtreibung gestellt hat,

bewies, daß wir im kapitalistischen Deutschland den Gipfelpunkt der muffigsten Reaktion noch längst nicht erreicht hatten. Was sich die Hamburger Klassenrichter in diesem Fall leisten, ist ausgesprochene und unersäufliche „Rechtspraxis“ des „Dritten Reiches.“

Ein Ehemann bringt also die Ungeheuerlichkeit fertig, gegen seine eigene Ehefrau Strafantrag wegen Abtreibung zu stellen. Aus irgendwelchen Gründen lehnte die Strafverfolgungsbehörde die Einleitung eines Strafverfahrens ab. Der Ehemann jedoch, nicht beruhigt durch diese Ablehnung, berief sich auf den § 172 der Strafprozeßordnung, der belagt, daß im Falle eine Strafverfolgung abgelehnt wird, dem durch die Straftat im juristischen Sinne Verletzten das Recht der Beschwerde zusteht. Das Hamburger Oberlandesgericht hatte nunmehr zu prüfen, ob

überhaupt der Ehemann bei Abtreibungen im Sinne der Paragraphen Verletzter sein kann.

Das Unglaubliche geschah. Das Oberlandesgericht sagte: „Inwieweit, der Ehemann ist im Sinne der Paragraphen Verletzter.“

„Denn dem Wesen der Ehe, als der Grundlage der Familie, ist, ohne daß dies durch ausdrückliche gesetzliche Norm bestimmt werde, die gegenseitige Verpflichtung der Ehegatten zu entnehmen, jede Störung der Fortentwicklung aus der Ehe entspringenden neuen Lebens zu unterlassen.“ Und das Organ der deutschen Klassenrichter, die „Deutsche Juristenzeitung“, schlägt in dieselbe Kerbe:

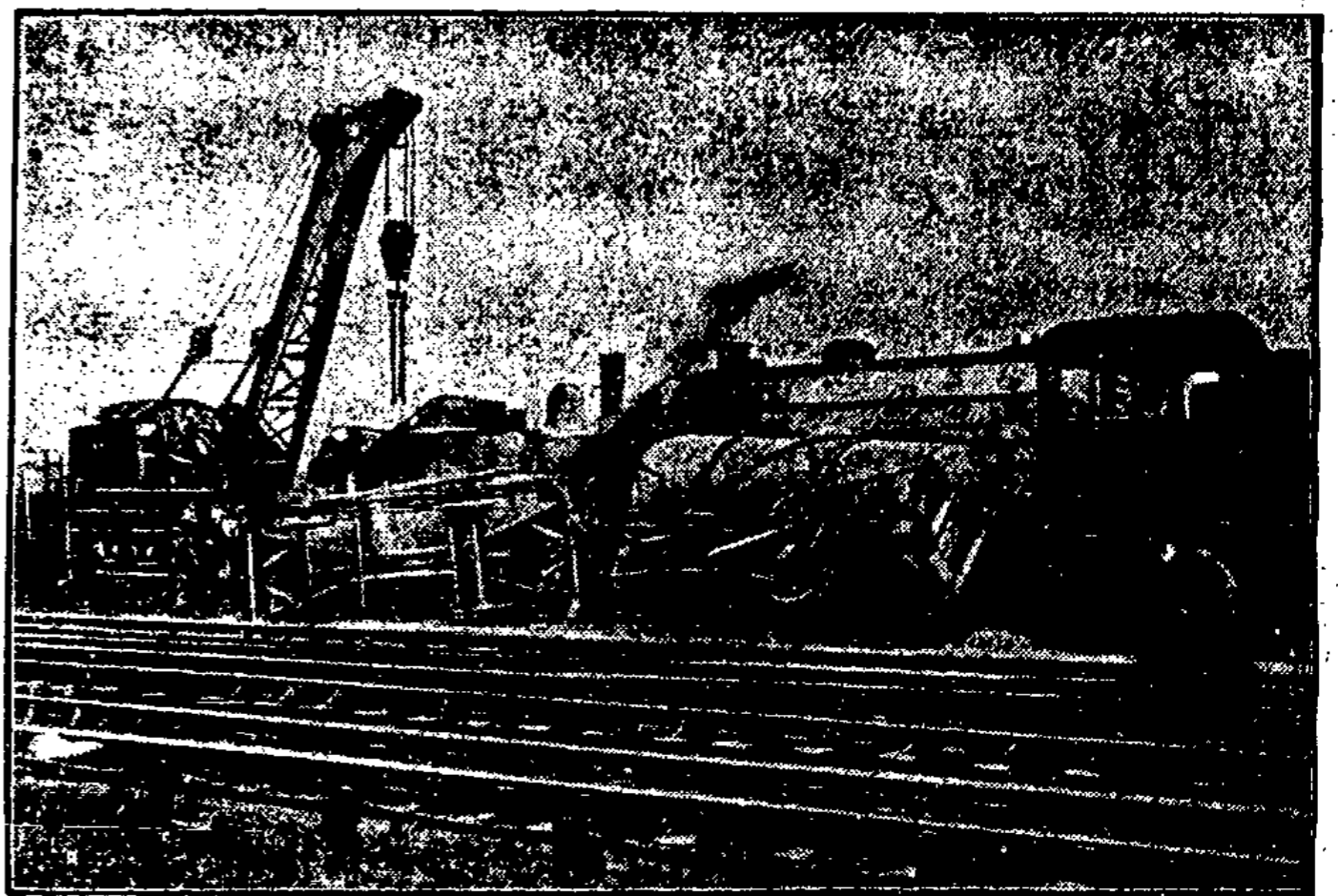
„Falls die schwangere Ehefrau das keimende Leben in seiner Existenz vernichtet oder zu vernichten sucht, hat sie das Recht des Ehemannes auf Nachkommenschaft verletzt.“

Eine Ausnahme könne nur dann gemacht werden, wenn die Ehefrau aus besonderem Rechtsgründe zu ihrem Vorgehen bejagt sei.“ Und dann weist dieses Klassenrichterorgan auf den § 1 des Allgemeinen Landrechts II, 1 hin, wonach der Hauptzweck der Ehe die Erzeugung und Erziehung der Kinder sei. Daß dieses Allgemeine Landrecht bereits das ehrwürdige Alter von über 100 Jahren aufweist, macht diesen „modernen“ deutschen Klassenrichtern nichts aus, sind sie doch mit Hilfe der Nazis lustig dabei, die mittelalterlichen Rechtszustände wieder einzuführen.

Dieses Subjekt von Ehemann, der sich nicht scheute, seine Frau dem Klassenrichter zu denunzieren, weil er glaubte Herr über ihren Körper zu sein, ist so recht der lernteufelche Mann im Sinne der Pfaffen und sonstigen reaktionären Muderergestalten. Du sollst Kinder kriegen, so lange dein Mann es befiehlt! Heißt das nicht, die Frau als ganz gewöhnliches Zuchtstier einzuschlagen? Und diese Bananen werfen uns kommunistische „Kulturbarbaren“ vor, wir zerstörten die Heiligkeit der Ehe! Ein Massensturm der Empörung muß diese erbärmliche Heuchlergesellschaft hinwegjagen. Das viel verästelte Sowjetrußland, in dem der Phosphordunst von der „Heiligkeit der Ehe“ dank der Aufklärungsarbeit der Bolschewiken verfliegen ist, zeigt uns, wie die Frau einzuschlagen ist. Und zwar nicht als rechtloses Zuchtstier, sondern in jedem Sinne als gleichberechtigter Kamerad des Mannes.

Zugzusammenstoß verursacht Tankexplosion

Bei einem Zusammenstoß eines Güterzuges mit einer Lokomotive in Tottenham bei London explodierte ein Benzin-Tankwagen. Drei Bahnbeamte, die sich nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, verbrannten bis zur Unkenntlichkeit.



Furchtbarer Kälteeinbruch in China

Über hundert Todesopfer

London, 12. Januar. Nach den schweren Schneestürmen, die in den letzten Tagen Zentralchina und die Küste heimsuchten, ist eine furchtbare Kältewelle über China hereingebrochen. Die Temperatur hat vielfach einen Tiefstand erreicht, wie seit Jahrzehnten nicht. Sämtliche Flüsse und Kanäle sind zugefroren. Besonders unter der ärmeren Bevölkerung hat die Kälte zahlreiche Todesopfer gefordert. So sind allein in Peking in einer Nacht 30 Menschen erfroren.

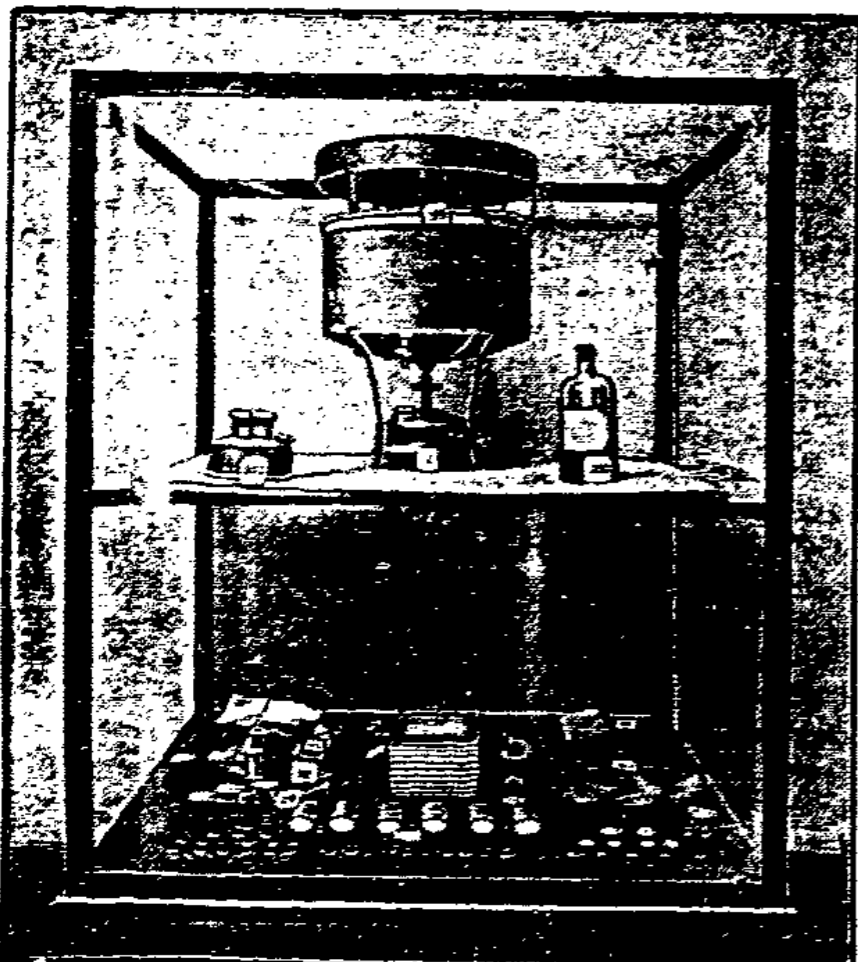
Der automatische Tod

Drei Kinder durch Selbstschüsse getötet

Paris, 12. Januar. Ein tragischer Unglücksfall, der drei Kindern das Leben kostete, ereignete sich am Sonntag in Hesbo in der spanischen Provinz Montforte.

Ein Grundbesitzer hatte an seiner Haustür, um vor Einbrechern sicher zu sein, eine automatische Schußvorrichtung anbringen lassen. Ein Draht führte von der Abschlußvorrichtung zur Türklinke und wurde gewöhnlich tagsüber entfernt. Am Sonntagmorgen spielten drei Kinder vor dem Haus und schleuderten einen großen Spielball gegen die Haustür. Hierbei wurde der Draht getroffen, worauf sich die Schußvorrichtung automatisch löste. Die starke Ladung traf die Kinder und tötete alle drei auf der Stelle.

Andree-Ausstellung in Stockholm



Vor einigen Tagen wurde in Stockholm die Andree-Ausstellung eröffnet. Sie umfaßt etwa tausend Gegenstände, die bei der Auffindung der Andree-Expedition geborgen werden konnten. Eins ihrer interessantesten Stücke ist der unversehrte aufgefundene Petroleumkocher — oben — der zusammen mit Gold- und Silbermünzen — unten — die man bei den toten Forschern fand, aufgestellt wird.

Furchtbare Berggrutschkatastrophe in Ecuador

Von Gesteinsmassen erschlagen

150 Streckenarbeiter getötet — Nur 20 gerettet

New York, 12. Januar. 170 Streckenarbeiter, die beim Bahnbau in Guayaquil im Staate Ecuador beschäftigt waren, wurden bei ihrer Arbeit plötzlich von gewaltigen Gesteinsmassen verschüttet. Hund 150 von ihnen kamen dabei ums Leben. Nur 20 konnten mit mehr oder weniger schweren Verletzungen gerettet werden.

Der erste Bergsturz war in den Abendstunden erfolgt. Wegen schwerer Regenfälle konnte die Freilegung der Straße jedoch erst

beim Anbruch des Morgens beginnen. Während nun die Mannschaft sieberhaft arbeitete, begannen vom Bergabhang erneut riesige Gesteinsmassen niederzugeschieben. Eine kurze Zeit später erfolgte dann unter donnerartigem Getöse der gewaltige Bergsturz, durch den die 170 Streckenarbeiter verschüttet wurden. Nur der angestrengtesten Rettungsarbeit der alarmierten Bevölkerung der Umgebung ist es zu verdanken, daß wenigstens noch 20 der Verschütteten geborgen werden konnten. Eine Hoffnung, die übrigen noch lebend zu bergen, besteht leider nicht mehr.

Ein Sittenbild aus der Großbourgeoisie

Eifersuchtsdrama in St. Moritz

Junge reiche Engländerin erschießt ihren verheirateten Liebhaber

St. Moritz, 12. Januar. Im Carlton-Hotel, dem luxuriösen Treffpunkt der internationalen reichen Arbeitslosen in St. Moritz in der Schweiz, hat sich ein Eifersuchtsdrama abgepielt, dessen Opfer eine junge reiche Engländerin und der ehemalige Schweizer Diplomat und Schriftsteller Rudo Hofer geworden ist.

Nach einer großes Aufsehen erregenden Skandalzene wurde Hofer von der 30jährigen Engländerin Simone Woople aus London durch 5 Schüsse getötet. Nach der Tat verlegte sich die Engländerin in selbstmörderischer Absicht durch einen Schuß in die Brust. Der erschossene Hofer hatte vor einigen Jahren in die ungarische Hocharistokratie hineingeheiratet. Durch die Ehe mit einer geborenen Gräfin Batthany wurde er einer der reichsten ungarischen Ausbeuter von Grund, Boden und Bauern. Im Sommer lebte er „standesgemäß“ auf seinen ungarischen Gütern, um den Winter in St. Moritz, dem Treffpunkt der internationalen reichen Ausbeutergesellschaft zu verleben.

Ende Dezember traf das Ehepaar Hofer wieder wie alle Jahre im allerersten Hotel in St. Moritz, um Suretta Haus, ein. Nach 14tägigem Aufenthalt reiste seine Frau nach Ungarn zurück. Kaum war die „Mitte“ weg, fürchtete sich Hofer an die Mrs. Woople, ein reiches Londoner Mädchen, heran. In der Halle des Carlton-Hotels kam es denn Ende vergangener Woche zu heftigen Ständalzen zwischen den beiden. Man vermutet, daß die Engländerin von Hofer verlangt habe, daß er sich endlich scheiden ließe. Hofer jedoch, lehnte im Hinblick auf

die unermesslichen Reichtümer seiner „Mitte“ energisch ab. Da durch den Krach zahlreiche Hotelgäste auf die beiden aufmerksam wurden, verlegten Hofer und die Engländerin den Ort der weiteren Auseinandersetzungen auf ihr Zimmer. Eine halbe Stunde später hörte man plötzlich mehrere Schüsse fallen. Als man gewaltam in das Zimmer eindrang, fand man Hofer auf dem Boden liegend erschossen auf. Die junge Mrs selbst lag mit einer schweren Schußwunde auf dem Sopha. Gegen die Engländerin ist ein Haftbefehl wegen Mordes erlassen.

Tribüneneinsturz in New York

150 Personen verletzt

New York, 12. Januar. Ein folgenschweres Einsturzungsglück ereignete sich am Sonntag in Brooklyn. Bei einer in der Waffenhalle des 106. Regiments stattfindenden Sportveranstaltung stürzte eine mit 1000 Zuschauern besetzte Tribüne ein, wobei über 150 Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

Dampfer mit 25 Personen gesunken

Nach einem Teufelsturm aus Tschifu ist dort in der Nacht ein japanischer Verkehrs-Dampfer mit 27 Passagieren untergegangen, nur zwei von einem japanischen Dampfer gerettet worden.

Heldentampf der Roten Armeen Chinas

Die englische Konfession „Times“ meldet Kleinlaut aus Hankau:

Der Feldzug gegen die „Roten“ scheint weniger erfolgreich zu sein, als erwartet wurde. Die Lage in Hankau ist unbesriedigend, da unter den Truppen wegen Nichtauszahlung der Besoldung Unruhe herrscht. Es wird gemeldet, daß Truppen, die den Jangtse entlang stromabwärts gelandt wurden, um die „Roten“ anzugreifen, Städte geplündert und die Einwohner mißhandelt hätten.

Etwas 80 Kilometer südlich von Hankau ist eine Brigade Regierungstruppen von Kommunisten umzingelt worden. In der Provinz Kiangsi soll sich eine Division Schanhs-Truppen den Kommunisten ergeben haben.

22 Millionen Zentner Fische

Das Fischereiprogramm der Sowjetunion für 1931

Moskau, 12. Januar. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Das Fischereiprogramm der Sowjetunion für 1931 sieht eine Ausbeute von 22 Millionen Zentnern vor, um zwei Millionen mehr als das Japans, des ersten Fischereiland der Welt, während 1930 die Sowjetunion 18 Millionen Zentner und 1929 sechs Millionen Zentner erbeutet hat.

Der Ausbau des Fischereiprogramms wurde auf der Grundlage einer weiteren Kollektivierung des Fischfangs und maschineller Ausrüstung der Fischereiflotten vorgenommen. Die Motorfischereiflotten wird von 850 Einheiten auf 3400 Einheiten gebracht. Im Schiffsbauwerk Kurmanst werden im laufenden Jahre 50 Trawler fertiggestellt, die den größten amerikanischen an Tonnage nicht nachstehen.

„Schlag der Holzfäller gegen die Diktöpfe“

Antwort auf die „moralische“ Entlohnung der Sklavenhalter

Moskau, 12. Januar. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Die Kampagne englischer konservativer Blätter wegen angeblicher „Zwangsarbeit“ bei der Ausfuhr von Holz aus Sowjetrußland erregte bei den Holzfällern des Archangelsker Gebietes große Entrüstung. Die Urteile der Holzfäller, die zur Arbeit aus Sibirien und Theroptowen eingetroffen sind, beschloßen, ein Prozent des Arbeitslohnes für den Bau eines Wasserflugzeuges abzuführen, das „Schlag der Holzfäller gegen die Diktöpfe“ heißen soll.

Die aus Pflow eingetroffenen Urteile übernehmen als Antwort auf die Kampagne der englischen konservativen Blätter die Verpflichtung, im Rahmen des Wettbewerbs an der halbmals viel Holz zu fällen, wie bisher üblich. Die gleiche Erklärung gaben die Urteile aus Sawino, Jomek, Schenkuzi und anderen Gegenden ab.

Die Hauptmasse der Holzfäller ging die Weihnachtstage über, entgegen dem Brauch, ihrer Arbeit nach und spendete überall Beiträge für den Landesverteidigungsfonds.

Riefenfunkstation in Leningrad

Die Funkstation von Leningrad beendet

Moskau, 12. Januar. In Koltino bei Leningrad wurde der Bau einer Funkstation von 100 Kilowatt Antennenleistung vollendet, nach deren Vorbild jetzt in Sibirien eine Funkstation gleicher Leistungsfähigkeit gebaut wird. Alle Einrichtungen sind in Sowjetbetrieben hergestellt.

Nur der Sozialismus schafft Arbeit und Brot

Zwei Millionen neue Arbeiter erhalten Arbeit

Massenausbildung qualifizierter Arbeitskräfte — Zwei Milliarden für Sozialversicherung

Moskau, 12. Januar. Arbeitskommissar Zichon erklärte nach einer Meldung der Telegraphenagentur der Sowjetunion auf der Tagung des Zentralerziehungsausschusses in seinem Berichte über die Heranbildung qualifizierter Arbeitskräfte: Während in den kapitalistischen Ländern die Löhne der Arbeiter allmählich sinken und der Arbeitstag verlängert wird, ist in der Sowjetunion die Arbeitslosigkeit restlos beseitigt, und die Arbeiter gehen im laufenden Jahre endgültig zum Siebentag über.

Gegenwärtig wird eine radikale Reorganisation der Arbeitsnachweise durchgeführt. An Stelle von Arbeitsnachweisen werden Kaderämter geschaffen, denen die Aufgabe der Heranbildung neuer qualifizierter Arbeitskräfte und ihrer planmäßigen Verteilung zugewiesen wird.

Die Zahl der Arbeiter wird in der Sowjetunion im laufenden Jahre 16 Millionen betragen gegen 14 Millionen im Jahre 1930. Diese neuen zwei Millionen Arbeiter werden

folgendermaßen ausgebildet: 1.020.000 Personen in Betriebschulen, die übrigen 680.000 in Kursen des Zentralen Arbeitsinstituts, in Lehrlingsbrigaden und unmittelbar in Betrieben.

Das Hauptaugenmerk wird auf die Heranbildung qualifizierter Arbeitskräfte für die Metalle, die Berg-, die chemische Industrie und das Transportwesen gerichtet sein.

Im laufenden Jahre werden große Beträge aufgewendet für den Arbeitsschutz, die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter, für den Bau von Kulturinstituten und sonstigen Einrichtungen.

Das Sozialversicherungsbudget wird zwei Milliarden Rubel betragen, die Aufwendungen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen werden sich auf 155 Millionen, für den Arbeiterwohnungsbauf auf 1100 Millionen, für Einrichtungen zur Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter auf 407 Millionen Rubel belaufen.

Streiklawine im Eldorado der II. Internationale

London, 12. Januar. Heute wurden entsprechend der Ankündigung der Unternehmer alle Baumwollwebereien in Burnley stillgelegt und 25.000 Textilarbeiter ausgesperrt. Zusammen mit den streikenden Arbeitern stehen nunmehr 80.000 Textilarbeiter im Kampf. Wenn bis zum nächsten Sonnabend, dem 17. Januar, der Kampf in Burnley nicht beendet ist, werden auf Beschluß der Unternehmer alle Webereibetriebe des gesamten Bezirks Lancashire geschlossen und 250.000 Arbeiter ausgesperrt.

Inzwischen ist auch in den Spinnereien ein Lohnkampf ausgebrochen. Die Unternehmer planen eine empfindliche Lohnkürzung, die bei den Arbeitern auf entschiedenen Widerstand stößt. Der Verband der Spinnerfabrikanten hat beschlossen, dem Beispiel der Webereien zu folgen. Den Arbeitern wurde ein Ultimatum gestellt, dessen Ablehnung die Gesamtausperrung in allen Spinnerbetrieben nach sich ziehen soll. Dadurch würden weitere 250.000 Arbeiter auf die Straße geworfen, so daß die Gesamtzahl der kämpfenden Textilarbeiter auf eine halbe Million steigen wird.

Die 160.000 streikenden Bergarbeiter von Südwales setzen ihren Kampf mit größter Hartnäckigkeit fort. Man rechnet für die nächsten Tage mit einer Verschärfung der Streiklage durch die Zurückziehung der Sicherheitsmannschaften. In den schottischen Bergbaubezirken wächst der Streikwille der Bergarbeiter, die ihren kämpfenden Brüdern in Südwales zu Hilfe zu eilen, entschlossen sind.

Vor der Aussperrung von 27.000 Metallarbeitern

L. London, 12. Januar. In der Kohlenindustrie Englands machen sich Anzeichen einer Ausdehnung des Streiks auf die gesamte Industrie bemerkbar. In Leicestershire und in Cheshire beschloßen die Bergarbeiter Südwales zu unterstützen. Die Regierung und die Gewerkschaften bemühen sich, den Streik zu „lokalisieren“.

Infolge des Kohlenarbeiterstreiks wird die Zinnindustrie in Südwales ihre Erzeugung von der nächsten Woche ab um die Hälfte einschränken. Eine Fortsetzung des Streiks würde die vollständige Schließung der Werke zur Folge haben, wodurch 27.000 Arbeiter betroffen würden.

Frankreich in der Krise

Erklärung des Wirtschaftsministers Loucheur

Paris, 12. Januar. Der französische Wirtschaftsminister Loucheur hat dem „Petit Parisien“ eine Erklärung über die französische sowie über die internationale Wirtschaftslage abgegeben. Die Krise in Frankreich sei zum größten Teil eine Folge der allgemeinen Weltkrise. Wegen Mangels an Absatz und Aufträgen setze die deutsche Warenindustrie ihre Preise herab und überschwemme Frankreich mit Waren. Was den Warenaustausch anlangt, so müsse man zwischen den Jahren 1929 und 1930 einen Unterschied von fünf Milliarden Franken zuungunsten Frankreichs feststellen. Eine andere Ziffer beweise noch deutlicher den Rückgang der Warenerzeugung: im November 1929 seien im französischen Eisenbahnhof täglich 68.000 Güterwagen beladen, im November 1930 sei die Zahl der Güterwagen auf 60.000 gefallen. Ebenso seien die Börsenwerte um 20 bis 24 Prozent gesunken.

Am schwersten habe die Pariser Luxusindustrie sowie die französische Textilindustrie zu leiden.

Generalstreik in der schwedischen Textilindustrie

Stockholm, 12. Januar. In der schwedischen Textilindustrie ist ein Generalstreik ausgebrochen. 34.000 Arbeiter sind in den Ausstand getreten. Man rechnet mit einer längeren Dauer des Konfliktes.

In der Gegend von Borras ist es bereits zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Streikenden gekommen.

Die Verhaftungen in Budapest

Budapest, 12. Januar. Die vor wenigen Tagen verhafteten Kommunisten, darunter der Chefredakteur des Zentralorgans der ungarischen Arbeiterregierung, Genosse Revai, wurden nach dreitägigem „Verhör“ im Polizeipräsidium, wobei sie in brutaler Weise gefoltert worden sind, dem Untersuchungsrichter übergeben. Die ungarische Presse ist voll mit albernen Beschuldigungen gegen unsere Genossen.

Die Straße ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von

N. Tokunaga

Copyright © Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin.

9. Fortsetzung.

„Hm, hm“, machte der Chef, während er die Akten durchsah, „wie steht es, meinen Sie, daß der wirkliche Täter unter ihnen ist?“

Der Protokollführer schüttelte den Kopf.

„Wir haben die Kerle tüchtig gezwängt. Aber meiner Meinung nach haben die führenden Leute mit diesem Vorfall gar nichts zu tun.“

Der Chef starrte den Mann mit den kleinen Augen an.

„Unsere politische Polizei hat gerade eine Beratung mit der Revierpolizei, bei der die Geschichte passiert ist. Wenn sie zurückkommen, werden wir zusammen beraten und lernen dann alle Meinungen.“

Der Unterbeamte fuhr fort, indem er den weit jüngeren Chef unterwürdig ansah:

„Die Organisation dieses Streiks ist anders als sonst — sehen Sie zum Beispiel mal dieses Protokoll — das da.“

Er nahm aus dem Haufen einen Akt heraus, und seine Stimme wurde leise.

„Dieser Junge heißt Moriya und gehört zu einer sogenannten S-Abteilung.“

Er hörte ein Geräusch, drehte sich um und sah an der Tür den alten Polizeidiener, der eine Visitenkarte in der Hand hielt.

„Herr Polizeichef, zwei Herren wollen Sie sprechen.“

Der Chef, ärgerlich über die Störung, sah auf die Karte und las:

Stadtverordneter Genichi Ynohita
Direktor des Verbandes der Druckereibesitzer
in Tokio.

Es war der Direktor der Orient-Klischee-Anstalt, dem Polizeichef durch Parteibeziehungen bekannt. Auf der Rückseite der Karte stand mit Bleistift geschrieben: „Ich möchte Sie umgehend wegen des Streiks der Daido-Druckerei sprechen.“

„Ach, ah, er kommt recht ungelegen.“

Der Chef war unschlüssig, weil das Gespräch bestimmt auf die gestrigen Vorgänge kommen würde. Aber es war immerhin ein Besucher, den man nicht gut abweisen konnte.

Der Protokollführer verließ aus Höflichkeit das Zimmer, aber bevor er durch die Tür trat, kam er schnell noch einmal zurück und flüsterte dem Chef etwas ins Ohr.

Der zwinkerte mit den Augen, sah den Beamten eindringlich an und nickte zustimmend.

Zwei Herren kamen herein.

„Ja, wir haben uns lange nicht gesehen — entschuldigen Sie die Störung.“

Der Herr, von dunkler Gesichtsfarbe, mit listigen, beweglichen Augen und kurzgeschnittenem Schnurrbart, die Finger im Westenausschnitt, war Ynohita.

„Bitte schön, im Gegenteil, bin sehr erfreut.“

Der Polizeichef hob seinen Hintern aus dem Sessel und schloß die Knöpfe seiner Uniformjacke.

„Darf ich bekanntmachen: dieser Herr ist der Direktor der Tokio-Kunstdruckerei, Herr Senjo Minayama — der Polizeichef vom Polizeiamt, mein Freund Herr Murato.“

Der vorgestellte Herr, der ein merkwürdig langes Kinn hatte, und der Chef begrüßten sich, ohne ihrer Würde etwas zu vergeben.

Der Polizeidiener brachte Tee.

„Ja, das ist ja nun eine große Geschichte geworden.“

Die Stimme Ynohitas schrillte blechern. Der Polizeichef schielte mit einem galligen Lächeln, er dachte an seine Verantwortung.

„Aber Kollege Otawa ist auch zu starkköpfig — ha ha ha.“

Es war eine beliebte Methode des Stadtverordneten, der es gewohnt war, mit den Beamten, denen er seine Stellung verdankte, freundlich umzugehen, die Bürokratenwürde mit einem behäbigen Lachen einzuwickeln und dabei den Gesichtsausdruck der anderen zu studieren. Besonders gern spielte er dabei den Namen des führenden Mannes im Militär-Finanzbündel, Otawa, Mitglied des Oberhauses, als den eines Kollegen aus.

Minayama lachte mit, der Polizeichef blieb ernst. Wenn seine Gegenüber nicht Stadtverordnete gewesen wären, hätte er längst gefragt: „Was wünschen Sie, ich bin sehr beschäftigt.“ So aber drückte nur sein Gesicht diese Stimmung aus.

„Kurz und gut, ich habe eine Bitte... Ich möchte von Ihnen einige Streikführer ausborgen, die gestern hier eingesperrt wurden.“

Ynohita sprach jetzt ernsthaft. Er war, wie der Polizeichef wußte, einer der Schiedsmänner zwischen den Streikenden und dem Unternehmer. Er kam als Vertreter des Schiedsgerichts und wollte die Streikführer mitnehmen, um am Nachmittag mit den Leuten der Fabrik zu verhandeln.

„So, Ja, das ist sehr schlimm. Die Untersuchung ist noch nicht beendet.“

Die beiden verstanden, daß ein Beamter nicht gleich „Ja“ wohl, ich werde mich bemühen“ sagen konnte. Deshalb betonte Ynohita, daß er seine Ehre darein setze, diesen Streik, der ernstlich die Ordnung der Gesellschaft gefährde, beizulegen, und daß auch der Polizeichef seinen guten Willen verstehen müsse.

Der Sonnenchein, der durch das Mattglasfenster hereinbrang, wurde wärmer. Endlich schwang sich der Polizeichef auf, hinzuzusetzen:

„Nachdem ich vorher die Absicht des Polizeipräsidenten gehört habe.“

„Also dann werde ich Sie am Nachmittag wieder anrufen. Ich bitte um Ihre Unterstützung —“

(Fortsetzung folgt)

